

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1885

22.10.1885 (No. 249)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 22. Oktober.

№ 249.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile ober deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1885.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 13. bezw. 15. d. Mts. ist Folgendes bestimmt worden:

29. Kavallerie-Brigade:

Fries, Premierlieutenant, aggregirt dem 1. Badischen Leib-Dräger-Regiment Nr. 20, unter Stellung à la suite dieses Regiments, als Adjutant zur obengenannten Brigade kommandirt.

5. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 113:

v. Baczo, Oberst und Regimentskommandeur, unter Stellung à la suite dieses Regiments, mit der Führung der 43. Infanterie-Brigade beauftragt;

v. Panwig, Oberstlieutenant, aggregirt dem 1. Garde-Regiment zu Fuß, unter Entbindung von seinem Kommando bei der Gesandtschaft in München, mit der Führung des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt;

Sido, Hauptmann und Kompagniechef, in das 4. Pommer'sche Infanterie-Regiment Nr. 21 — und

Schauer, Hauptmann und Kompagniechef im letztgenannten Regiment, in das 5. Badische Infanterie-Regiment Nr. 113 — veretzt.

4. Westfälisches Infanterie-Regiment Nr. 17:

v. Drigalski, Secondelieutenant vom 6. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 95, in das obengenannte Regiment veretzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 21. Oktober.

Die neugewählte französische Deputirtenkammer wird am 10. November zum erstenmale zusammentreten, und zunächst das wichtige und besonders auch dringliche Geschäft der Wahlprüfungen vorzunehmen. Dringlich sind die Wahlprüfungen namentlich dadurch geworden, daß am 21. Dezember der Kongreß, die Vereinigung des Senats und der Deputirtenkammer, zusammentreten soll und zu den Aufgaben des Kongresses die Neuwahl des Präsidenten der Republik gehört. Die Wahlprüfungen werden sich aber voraussichtlich zu einer ebenso umfangreichen als schwierigen Arbeit gestalten, da in manchen Wahlbezirken schwere Zuwiderhandlungen gegen die Wahlfreiheit vorgekommen sein sollen. Nach einer weiter unten mitgetheilten Nachricht des „Paris“ hat der Minister Allain-Targé schon im Ministerrathe erklärt, in gewissen Departements sei die Wahl konservativer Abgeordneter durch Wahlmanöver erzielt worden, welche die Ungültigkeit der betreffenden Abstimmungen nach sich ziehen könnten. In der That hat, wie schon im gestrigen Blatte mitgetheilt, der Minister des Innern sich veranlaßt gesehen, eine ganze Reihe von Maires und Adjunkten abzusetzen, von denen mehrere ihre amtliche Stellung zu Begünstigungen der konservativen Kandidaten benützten. Es läßt sich voraussagen, daß auch die monarchischen Parteien mit Wahlprotesten hervortreten werden, so daß die Prozedur der Wahlprüfungen zu einer sehr unumständlichen werden dürfte. Inwiefern die Ergebnisse des 4. und des 18. Oktobers durch die Wahlprüfungen eine Korrektur erfahren werden, ist natürlich abzuwarten. Die ursprüngliche Absicht der monarchischen Parteien, im Kongreß die Verfassungsdurchführung mit Hilfe der Radikalen durchzusetzen, wird nach dem Ausgange der Stichwahlen wahrscheinlich fallen gelassen werden; in jedem Falle hätte sie schwerlich Aussicht auf Erfolg. Selbst mit Unterstützung der Radikalen würden die republikanischen Parteien mit ihrem Antrag nicht durchdringen, da sie es im besten Fall höchstens auf 380–390 Stimmen bringen würden, was nicht genügend ist, da der Kongreß 884 Mitglieder zählt, die absolute Mehrheit also 443 beträgt. Bei der Stimmung, welche augenblicklich unter den Republikanern herrscht, scheinen wenigstens für die nächste Zeit, ernste Zwischenfälle ausgeschlossen zu sein, und das Kabinet, wie es sich nach Eröffnung der parlamentarischen Session gestalten wird, hat Aussicht auf einen längeren Bestand, vorausgesetzt, daß es sich auf keine Abenteuer einläßt und sich auf solche Neuerungen beschränkt, welche den Wohlstand des Landes heben und die Lage der Arbeiter verbessern können.

Im Orient durchkreuzen sich noch immer die Einflüsse der aufgeregten Volksstimmung und die der europäischen Diplomatie, welche darauf hinstrebt, die Balkanstaaten von übereilten eigenmächtigen Versuchen zur Lösung der gegenwärtigen Verwickelungen abzuhalten. Diese Bestrebungen der europäischen Mächte sind auch so weit von Erfolg gekrönt, als nicht allein bis jetzt Serbien und Griechenland von einem kriegerischen Vorgehen zurückgehalten worden sind, sondern auch die Aussichten auf einen weiterhin friedlichen Verlauf und eine unblutige Lösung der durch die Vorgänge vom 18. September geschaffenen Krisis entschieden besser erscheinen. Es macht sich eine beruhigtere Auffassung der Verhältnisse auf der Balkan-Halbinsel geltend und für die Berechtigung dieser Auffassung wird

man gern das Zeugniß des englischen Schatzkanzlers Hicks-Beach acceptiren, welcher gestern auf einer Versammlung in York erklärte, es sei aller Grund vorhanden, anzunehmen, daß der Frieden im Orient erhalten bleiben werde.

In der vor einigen Tagen in Hamburg abgehaltenen Generalversammlung des Vereins deutscher Schiffswerke beschäftigte man sich auch mit den Grundzügen des Entwurfs einer See-Unfallversicherung, die bekanntlich dem Unfallversicherungs-Gesetz für Fabriken u. entsprechend die Bemannung der Seeschiffe gegen die Nachtheile der Unfälle möglichst schadlos halten soll. Obgleich die Schiffswerke durch den Entwurf dieses Gesetzes nicht direkt berührt werden, so war man doch der Ansicht, daß eine etwaige starke Belastung der deutschen Rheederei auch auf den deutschen Schiffsbau, der zunächst mit seinem Absatz auf deutsche Rheeder angewiesen sei, nachtheilig zurückwirken werde. Da nun zur Zeit statistisches Material darüber fehlt, wie hoch die neue Unfallversicherung die Rheederei finanziell in Anspruch nehmen werde, so sprach man übereinstimmend den Wunsch aus, das Gesetz möchte nicht früher von den legislativischen Faktoren beraten und beschlossen werden, bis sich nach dieser Richtung hin die Traamweite voll übersehen laße. Mit der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission beauftragt und außerdem beschlossen, sich mit den Rheederei-vereinen in Verbindung zu setzen.

Bei der Schnelligkeit, mit welcher die Anmeldung der unfallversicherungspflichtigen Betriebe geschehen mußte, ist es erklärlich, daß namentlich in der Textilindustrie, viele Betriebe, welche gemischte Waaren erzeugen, nicht der richtigen Berufskategorie zugewiesen worden sind. Für die Zugehörigkeit dieser letzten soll der hauptsächlichste Betrieb entscheidend sein, woraus folgt, daß beispielsweise eine Fäberei, welche vorwiegend Baumwollen- oder Wollstoffe färbt und nur nebenbei zum geringen Theile Arbeiter in der Leinenbranche beschäftigt, nicht der Berufsgenossenschaft der Leinen, sondern einer der übrigen Textilberufsgenossenschaften zugewiesen werden muß. Die „Berl. Pol. Nachr.“ empfehlen den Berufsgenossenschaften schon jetzt, bevor die Kataster fertig gestellt sind, diese Frage einer näheren Prüfung zu unterziehen und die Ausscheidung der nicht zu ihnen gehörigen Betriebe mit den betheiligten Berufsgenossenschaften durchzuführen, weil später durch das im Gesetze vorgeschriebene umständliche formelle Verfahren viele Weiterungen entstehen würden.

Deutschland.

* Berlin, 20. Okt. Nach den Mittheilungen hiesiger Blätter steht die Rückkehr des Kaisers erst für Freitag zu erwarten; die Abreise Seiner Majestät von Baden-Baden würde demgemäß am Donnerstag erfolgen. — Der Bundesrath hat in seiner letzten Sitzung den Geh. Oberjustizrath Hoffmann, vortragenden Rath im Justizministerium, zum Mitglied des Bundesamts für das Heimathwesen gewählt. — Der Landtags-Abgeordnete Graf Eichstedt-Peterswald ist gestorben. Derselbe vertrat den pommer'schen Wahlkreis Randow-Greifenhagen im Abgeordnetenhaus und gehörte der konservativen Partei an. — Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ melden, würde der Reichstag in der zweiten Novemberwoche, der preussische Landtag im Januar zusammentreten; unbedingt sicher ist diese Angabe aber wohl nicht. — Der griechische Gesandte Rangabé ist hier selbst eingetroffen. — Der hiesige französische Botschafter Baron de Courcel wird in diesen Tagen Berlin wieder verlassen, um sich nach Paris zu begeben, von wo er mit seiner Familie erst im Dezember hierher zurückkehrt. Inzwischen hat Herr v. Courcel sich heute Nachmittag zum Fürsten Bismarck nach Friedrichsruhe begeben.

In der heutigen Sitzung der Generalynode berichtete Professor Förster-Halle über die vorliegenden Anträge betreffend die Sonntagsruhe. Die Generalynode nahm den Vorschlag an, den Oberkirchenrath zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß durch einheitliche Gesetzgebung und Anordnung der Verwaltungsbehörden die Sonntagsordnung mehr als bisher durchgeführt werde. Die General-superintendenten sollen zur Beachtung und Belegung des Sonntagsfusses einen Hirtenbrief an die Gemeinden richten. Das Gesetz über die Abänderung der Gemeinde- und Synodalordnung wurde in zweiter Lesung erledigt. Ueber den Gesetzentwurf betreffend das Pfarr-Wahlrecht berichtete Schulze-Magdeburg. Die §§ 1–11 wurden unwesentlich abgeändert und nach den Vorschlägen der Kommission angenommen. Die weitere Verhandlung wurde bis morgen vertagt.

Wie in früheren Jahren sind die Reichskassen veranlaßt worden, am 31. d. M. festzustellen, welche Beträge an Reichs-Goldmünzen, Einhalterstücken, Reichs-Silbermünzen und Reichs-Kassenscheinen, nach den vier Arten getrennt, unter ihren Geldbeständen an dem genannten Tage bei dem Schlusse der Amtsstunden vorhanden sind. Hierbei ist darauf zu achten, daß neben den Reichs-Kassenscheinen Noten der Reichsbank und der Privatbanken nicht mitgezählt werden.

— Seit einigen Tagen zirkuliren in den Zeitungen Mittheilungen über den Inhalt des neuen Gesetzentwurfs betreffend die Rübenzucker-Steuer. Die „Berl. Pol. Nachr.“ sind in der Lage, konstatiren zu können, daß alle diese Mittheilungen unvollständig und verflücht sind. Der Gesetzentwurf ist wohl in Bearbeitung, dürfte aber noch mancherlei Zusätze zu durchlaufen haben, ehe er an den Reichstag gelangen wird.

Bremen, 20. Okt. In der heutigen Sitzung von De-

legirten der zur Norddeutschen Konferenz gehörenden Transatlantischen Dampfschiffahrts-Kompagnien wurde eine Erhöhung des Zwischendeckpreises um 10 Mark, beginnend mit dem 1. November, beschlossen. Außerdem sind wichtige Feststellungen bezüglich einer gemeinschaftlichen Regelung des Passagegeschäftes getroffen worden.

§§ Straßburg, 20. Okt. Die amtliche Zeitung publizirt heute eine landesherrliche Verordnung, unterzeichnet von dem Statthalter Fürsten zu Hohenlohe, welche Bestimmungen trifft über die demnächst vorzunehmenden partiellen Neuwahlen für den Landesauschuß. Unsere Landesvertretung zählt, woran bei dieser Gelegenheit erinnert sein mag, zwei verschiedene Kategorien von Mitgliedern. Zunächst 34, welche durch die 3 Bezirkstage gewählt werden, sodann 24, welche von den Gemeinden zu wählen sind, und zwar 20 von den 20 Landkreisen und 4 von den Stadtkreisen Straßburg, Mühlhausen, Metz und Kolmar. Um diese letzteren 24 handelt es sich diesmal, da ihr Mandat (sie wurden am 18. November 1882 gewählt) am 18. November d. J. abläuft. Die Abgeordneten für die vier Stadtkreise werden direkt von den Gemeinderäthen aus ihrer Mitte gewählt; da Straßburg einen Gemeinderath nicht besitzt, so ruht das Wahlrecht für Straßburg. In den Landkreisen wählen die einzelnen Gemeinderäthe zunächst aus ihrer Mitte Wahlmänner (je 1 für 1000 Einwohner); diese Wahlmänner wählen dann den Abgeordneten. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder, der das aktive Gemeinde-Wahlrecht besitzt und im Bezirke seinen Wohnsitz hat. Die Wahlen der Wahlmänner sowohl wie der Abgeordneten geschehen in geheimer Abstimmung. Für diesmal sind die ersten auf den 10., die letzteren auf den 18. November festgesetzt. — In welcher leichtfertiger Weise häufig von hier aus falsche Nachrichten verbreitet werden, um aus denselben irgendwelche gehässige Folgerungen zu ziehen, ist schon wiederholt gerügt. So war in einem Blatte jüngst gesagt, es sei eine allgemeine Gewohnheit der elsässischen „Notablen“, ihre Söhne auszuwandern, auf französischen Schulen erzogen und im französischen Heere dienen zu lassen, um sie dann als französische Staatsangehörige in das Reichsland zurückzuführen und in das väterliche Geschäft eintreten zu lassen. Der Korrespondent bezog diese Mittheilung noch besonders auf die Mitglieder des elsässischen Staatsraths, die doch besondere Vertrauensmänner der Regierung seien. Es hat sich dieser Behauptung gegenüber nun herausgestellt, daß von den zehn elsässischen Mitgliedern des Staatsraths die Angehörigen nur eines einzigen, und zwar schon vor Jahren definitiv nach Frankreich ausgewandert und dort fest domiciliert sind; daß die Söhne der übrigen Mitglieder des Staatsraths jedoch sämmtlich in Elsaß-Lothringen erzogen werden. Es gehört also auch diese Meldung wieder in die leider sehr große Klasse tendenziöser Unwahrheiten, welche über Elsaß-Lothringen verbreitet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. Okt. Im Abgeordnetenhaus sprachen in der Fortsetzung der Abredebatte Eduard Süß, Schaup und Swoboda gegen, Klun, Djeduszylki und Heinrich (Wirthschaftspartei) für den Abrethentwurf der Wehrheit. Der Ministerpräsident Graf Taaffe verlas einen Brief des Kriegsministers, in welchem bemerkt wird, daß seitens des Kriegsministeriums ein vertrauliches Rundschreiben erlassen worden sei, um das Eindringen nationaler Streitigkeiten in das Heer zu hindern. Der Kriegsminister würde nicht angestanden haben, jeden solchen Versuch schon im Keime zu ersticken; es sei ihm aber kein Anlaß hierzu gegeben worden. Der allbewährte Geist des Heeres sei unerschütterlich. (Anhaltender Beifall.) Dohhammer beantragte darauf den Schluß der Generaldiskussion, worüber in der nächsten Sitzung abgestimmt werden wird. Neumayr beantragte die Einföhrung eines neuen Viehzolles.

Frankreich.

Paris, 20. Okt. Dem „Paris“ zufolge erklärte der Minister des Innern, Allain-Targé, im heutigen Ministerrathe, in gewissen Departements seien die konservativen vermöge solcher Wahlmanöver gewählt, welche die Ungültigkeitserklärung der betreffenden Wahlen nach sich ziehen könnten. Kriegsminister Campenon verlas eine Depesche Courcy's, worin er mittheilt, daß ihm von neuen Massacres in Anam nichts bekannt sei; es handle sich wahrscheinlich um ältere Vorgänge. — Der Korrespondent des „Temps“ in Tonkin schätzt die Zahl der seit Anfang des Sommers an der Cholera Gestorbenen auf 3000; er meldet, die Epidemie fordere noch zahlreiche Opfer und hemme die Bazifizierung des Landes. Die aus Frankreich gesandten Verstärkungen seien kaum ausreichend, um die entstandenen Lücken auszufüllen. — Dem „National“ zufolge tritt der Kongreß, welcher die Neuwahl des Präsidenten der Republik vorzunehmen hat, am 21. Dezember zusammen. — Zweimal gewählt wurden bei den Wahlen zur Deputirtenkammer: Briffon, Floquet, Maret, Poulbert, Clemenceau, Perin und Mabier

